

Antrag Nr. 15

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen
an die 174. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
am 11. November 2020

AUSGEGLIEDERTE BUNDESEINHEITEN – DIE REPUBLIK ÖSTERREICH DARF SICH DER VERANTWORTUNG NICHT ENTZIEHEN!

Seuchenprävention, Epidemiebekämpfung, Gesundheitskontrollen, Kontrollen bei Lebensmitteln, Forschung über Naturgefahren, amtliche Statistiken sowie der Schutz und der Erhalt von Kunst- und Kulturgütern durch unsere Bundesmuseen. All das sind öffentliche Dienstleistungen, für die der Staat die Verantwortung trägt und für unsere Gesundheit, unsere Sicherheit sowie unsere Bildung von elementarer Bedeutung sind. Die Garantie für diese Leistungen ist ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Republik.

Diese und andere Leistungen werden in ausgegliederten Rechtsträgern erbracht.

Wenn ausgegliederte Institutionen diese zentralen öffentlichen Kernaufgaben auf Grund von Kürzungen der finanziellen Mittel nicht mehr in der erforderlichen Qualität durchführen oder Zukunftsinvestitionen nicht tätigen können, erwachsen der Gesellschaft unkalkulierbare Schäden.

Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert die Bundesregierung auf, folgende Maßnahmen zu setzen:

- **Jährliche Anpassung der Basisfinanzierung ausgegliederter Bundeseinheiten an die Inflationsrate.**
- **Wenn die Mittel der Basisabteilung in einzelnen ausgegliederten Einheiten aufgrund des bislang fehlenden Inflationsausgleiches oder aufgrund von dringendem Investitionsbedarf nicht mehr ausreichen, um dem gesetzlichen Aufgaben im vollen Umfang nachzukommen, ist die Basisabteilung entsprechend zu erhöhen.**

Wenn es um die Sicherheit von Lebensmitteln geht oder darum, ob ein Düngemittel krebserregend ist oder eine Epidemie eines Virus droht, wenn es gilt private Daten mit höchsten Sicherheitsstandards zu schützen oder drohende Finanzkrisen frühzeitig zu erkennen, dann führt Sparen am falschen Ort zu einem Sinken des Leistungsniveaus und letztendlich zu höheren Mehrkosten, die die Gesellschaft tragen muss.

Wenn Bundesmuseen ihre Qualität in ihren Grundaufgaben, dem Sammeln, Forschen, Bewahren und Vermitteln nicht mehr aufrechterhalten können, und unser Image als führende Kulturnation gefährdet wird, nimmt unser Kunst- und Kulturkapital und auch der Wirtschaftsstandort, insbesondere in der Tourismusbranche, Schaden.

Wenn die amtliche Statistik bei ihren Daten nicht mehr für höchste Qualität garantieren kann, Wissenschaft, Politik und Medien ohne gesicherte Datengrundlage operieren müssen, sind die Folgeschäden nicht abschätzbar.



Sozialdemokratische
Gewerkschafterinnen
in der AK Wien

Die Aufgaben von ausgegliederten Einrichtungen werden von den verantwortlichen Bundesministerien oft nur mehr als Kostenfaktor gesehen, ohne die damit verbundenen Risiken zu berücksichtigen.

So bekommen Einheiten wie zB die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit, das Bundesumweltamt oder die Statistik Austria eine Basisfinanzierung, die seit der Ausgliederung noch nie an die Inflation angepasst wurde. Dadurch wurden die finanziellen Mittel zB bei der Statistik Austria seit dem Jahr 2000 um 31 Prozent real gekürzt.

Es ist dringend notwendig, ein Umdenken einzuleiten und Maßnahmen zu setzen, die garantieren, dass die Republik Österreich ihrer Verantwortung im vollen Umfang nachkommt.

Eine ausreichende Finanzierung durch den Staat ist die elementare Grundlage für die ausgegliederten Bereiche die übertragenen Kernaufgaben zur Gänze zu erfüllen.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig